Eine Warnung

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **26 (1970)**

Heft 9-10

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-845435

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Muster für die 4200 Personen — Frauen, Männer und Kinder — umfassende Hauptbefragung. Zu deren Vorbereitung werden zudem Intensivinterviews mit einer kleinen Auswahl von Personen über die persönliche Einstellung zur Frauenproblematik gemacht. Schliesslich sollen auch Lehrpläne und Schulbücher durch eine Inhaltsanalyse auf «geschlechtsspezifische Werte und Rollenunterschiede» geprüft werden.

Die Untersuchung ist nicht ausschliesslich auf die Schweiz ausgerichtet: sie wird Bestandteil einer weltweiten Untersuchung der Unesco über die Situation der Frau bilden. Die Arbeitsgruppe der schweizerischen Unesco-Kommission ist seit 1966 an der Arbeit und verfügt bereits über eine «Leitlinien-Studie» von zwei Westschweizer Soziologinnen. Eine erste, wenn auch weit weniger gründliche Untersuchung wurde vor einigen Monaten von der «Frauen-Befreiungs-Bewegung» (FBB) in Zürich veröffentlicht.

Eine Warnung

Auch in St. Gallen dämmert's, schrieben wir in der «Staatsbürgerin» 6/7, als in der Schlussabstimmung vor dem Rat der Nachtrag zur Kantonsverfassung, der das Frauenstimmrecht betrifft, mit 142 gegen 36 Stimmen passierte.

Die Volksabstimmung hat bei einer Stimmbeteiligung von 55 Prozent mit 24 129 Ja gegen 26 950 Nein jedoch uns Frauen das Stimmrecht verweigert. Ein trauriges Resultat!

Ein überparteiliches «Aktionskomitee gegen die Verpolitisierung der Frau» hatte sich gebildet, das sehr aktiv war und dem drei Kantonsräte angehörten, die wohl so untüchtig sind, dass sie um ihre Sitze bangen mussten.

Die Lehre!

Aus diesen Tatsachen müssen wir die Lehre ziehen, dass wir keinesfalls hoffnungsselig die Hände in den Schoss legen dürfen. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass der lächelnde Mann auf unserem Plakat dafür garantiert, dass die Mehrheit der Kantons-Zürcher lächelnd ein Ja in die Urne legen werden.

An die Arbeit!

Initiativkomitee für Frauenstimmrecht im Aargau

Unter dem Vorsitz von Grossrat Dr. Max Knecht, Wettingen, hat sich im Kanton Aargau ein Aktionskomitee für die Einführung des Frauenstimmrechts auf kantonaler Ebene konstituiert. Die kantonale Vorlage wird zusammen mit der eidgenössischen Volksabstimmung vom 7. Februar des kommenden Jahres den Aargauer Stimmbürgern unterbreitet.

Fernsehen

Report ARD vom 5. Oktober 1970

In Deutschland wurde eine neue Frauenpartei gegründet, die bereits 18 000 Mitglieder zählt. Sie will sich natürlich speziell für die Interessen der Frauen einsetzen, z. B. wünschen die Mitglieder, dass in der Bundesregierung 51% Frauen vertreten sein sollen, sie setzen sich ein für gleiche Arbeit, gleichen Lohn und für gleiche Renten für die Witwen.